

KIEL POLICY BRIEF

T. Beaufils, M. Jakob, M. Kalkuhl, P. M. Richter, D. Spiro, L. Stern,
J. Wanner

Die sicherheitspoliti- sche Dividende von Klimapolitik



No. 187 | April 2025

Überblick

- By reducing reliance on fossil fuels, EU climate policy substantially lowers Russia's financial strength, thereby limiting its military capabilities to sustain its aggression on Ukraine and beyond.
- We provide estimates for the security dividend of EU climate policy.
- A one-euro reduction in oil consumption in the EU results in a security dividend of 37 cents (central estimate).
- Based on the security dividend alone, a significant carbon price (central estimate of 60 euros per ton of CO₂) on oil consumption is justified – in addition to its climate, terms-of-trade, and local health benefits.
- Ambitious EU climate policy that reduces demand for oil and natural gas should be seen as an important pillar of the European security architecture, complementing military spending, diplomatic efforts, and continued support to Ukraine.

Keywords: EU climate policy, Security dividend, Russia, Ukraine, Defense spending, Geopolitical externality

- Durch die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern kann die EU-Klimapolitik die Finanzkraft Russlands deutlich verringern und damit dessen militärische Fähigkeiten zur Fortführung der Aggression gegen die Ukraine und darüber hinaus einschränken.
- Wir liefern Schätzungen für die Sicherheitsdividende der EU-Klimapolitik.
- Eine Reduzierung des Ölverbrauchs in der EU um einen Euro führt zu einer sicherheitspolitischen Dividende von 37 Cent (zentrale Schätzung).
- Allein auf der Grundlage der Sicherheitsdividende ist ein signifikanter CO₂-Preis (zentrale Schätzung von 60 Euro pro Tonne CO₂) auf den Ölverbrauch gerechtfertigt – zusätzlich zu den Vorteilen für Klima, Terms of Trade und lokale Gesundheit.
- Eine ehrgeizige EU-Klimapolitik, die die Nachfrage nach Erdöl und Erdgas reduziert, sollte als wichtiger Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur gesehen werden, der Militärausgaben, diplomatische Bemühungen und die weitere Unterstützung der Ukraine ergänzt.

Schlüsselwörter: EU-Klimapolitik, Sicherheitsdividende, Russland, Ukraine, Verteidigungsausgaben, Geopolitische Externalität

Timothé Beaufils

Postdoctoral Researcher, Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK)
beaufils@pik-potsdam.de

**Michael Jakob**

Economist, Climate Transition Economics Berlin
Jakob@mcc-berlin.net

**Matthias Kalkuhl**

Professor, University of Potsdam and Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK)
mkalkuhl@pik-potsdam.de

**Philipp M. Richter**

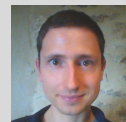
Postdoctoral Researcher, JMU Würzburg, DIW Berlin, KCG, and CESifo
philipp.richter@uni-wuerzburg.de

**Daniel Spiro**

Associate Professor, Uppsala University
daniel.spiro.ec@gmail.com

**Lennart Stern**

Postdoctoral Researcher, Potsdam Institute for Climate Impact Research (PIK)
Lennarts@pik-potsdam.de

**Joschka Wanner**

Assistant Professor, JMU Würzburg, Kiel Institute, and CESifo
joschka.wanner@uni-wuerzburg.de



Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren, nicht beim Institut. Etwaige Kommentare sollten direkt an den korrespondierenden Autor (J. Wanner) gerichtet werden. Diese Arbeit wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des ARIADNE-Projekts (FKZ: 03SFK5J0) gefördert.

Die sicherheitspolitische Dividende von Klimapolitik

T. Beaufils, M. Jakob, M. Kalkuhl, P. M. Richter, D. Spiro, L. Stern, J. Wanner

1 Einleitung

Die europäische Sicherheitsarchitektur steht derzeit vor tiefgreifenden Veränderungen ausgelöst durch Russlands aggressive Außenpolitik und die strategische Neuausrichtung der US-amerikanischen Interessen und Sicherheitsgarantien.¹ Russlands umfassender Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 hat dessen Missachtung der Souveränität benachbarter Staaten offengelegt und zugleich gravierende Schwächen in den europäischen Verteidigungsfähigkeiten zutage gefördert – insbesondere die starke Abhängigkeit von den USA. Zugleich wächst in Europa die Unsicherheit über die Verlässlichkeit amerikanischer Unterstützung für die Ukraine und über die grundsätzliche Sicherheitsgarantie der USA für den europäischen Kontinent, insbesondere im Hinblick auf Artikel 5 der NATO.

In Reaktion verfolgt die europäische Politik bislang zwei Hauptstrategien: einerseits die Schwächung der russischen Militärkapazitäten durch Sanktionen, andererseits den Ausbau eigener militärischer Fähigkeiten durch erhöhte Verteidigungsausgaben. Beide Ansätze stoßen jedoch an Grenzen. Die wirtschaftlichen Sanktionen haben bislang nicht die erhoffte Wirkung entfaltet, da Russland Wege zur Umgehung gefunden und seine Industrie entsprechend angepasst hat (Scheckenhofer, Teti und Wanner, im Erscheinen). Gleichzeitig stößt ein notwendiger Anstieg der Verteidigungsausgaben auf politischen Widerstand und fiskalische Engpässe.²

Vor dem Hintergrund wachsender Konkurrenz um begrenzte Haushaltsmittel stellen sich daher vermehrt Fragen nach der Finanzierbarkeit anderer ambitionierter politischer Ziele – insbesondere in Bezug auf die Klimapolitik.

Dieser *Kiel Policy Brief* argumentiert, dass ambitionierte Klimapolitik – insbesondere die Reduktion des Öl- und Erdgasverbrauchs – eine positive “geopolitische Externalität” erzeugt (Beaufils u. a., 2025) und daher nicht als konkurrierendes Ziel, sondern als strategische Ergänzung zur traditionellen Sicherheitspolitik verstanden werden sollte. Durch die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern kann eine ambitionierte europäische Klimapolitik Russlands finanzielle Handlungsfä-

¹Diese tiefgreifenden Entwicklungen haben die Debatte über die Zielvorgaben für NATO-Verteidigungsausgaben in den Vordergrund gerückt – mit Vorschlägen, die aktuelle Zielmarke von 2% auf bis zu 5% anzuheben, wie von US-Präsident Trump gefordert.

²Burilkov und Wolff (2025) schätzen, dass jährlich zusätzliche 250 Milliarden Euro erforderlich wären, um das derzeitige Sicherheitsniveau, das die USA im Falle eines direkten russischen Angriffs gewährleisten, durch europäische Mittel zu ersetzen.

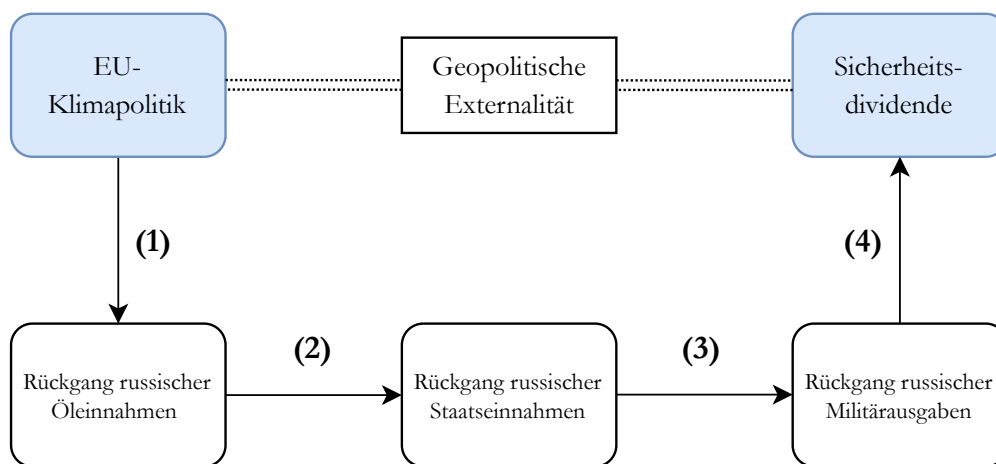
higkeit deutlich einschränken – und somit auch dessen militärische Fähigkeit zur Kriegsführung in der Ukraine und darüber hinaus. Diese “Sicherheitsdividende” stärkt die Sicherheitspolitik, anstatt mit ihr zu konkurrieren.³

2 Die geopolitische Externalität der EU-Klimapolitik

2.1 Vier Schritte von der Klimapolitik zur sicherheitspolitischen Dividende

Abbildung 1 veranschaulicht, wie EU-Klimapolitik eine positive geopolitische Externalität in Form einer Sicherheitsdividende erzeugt. Der Wirkmechanismus entfaltet sich in vier Schritten: Erstens senkt die EU-Klimapolitik die Nachfrage nach fossilen Brennstoffen und damit die Öleinnahmen Russlands. Zweitens führen sinkende Öleinnahmen zu einem Rückgang im russischen Staatshaushalt. Drittens reduziert das geringere Budget die russischen Militärausgaben. Viertens verringert der damit verbundene Rückgang der russischen Rüstungsausgaben den Druck auf die Verteidigungsausgaben der EU. Damit wirkt die EU-Klimapolitik indirekt so, als ob die EU ihre Verteidigungsausgaben erhöhen würde – sie erzeugt eine Sicherheitsdividende als positiven Nebeneffekt.

Abbildung 1: Die vier Komponenten der geopolitischen Externalität der EU-Klimapolitik.



Quelle: Eigene Darstellung nach Beaufils u. a. (2025).

Im Folgenden quantifizieren wir jeden dieser vier kausalen Schritte, die die EU-Klimapolitik mit

³Eine ähnliche Einschätzung – wenn auch aus anderer Perspektive – betrachtet Klimapolitik als Mittel zur Reduktion klimabedingter Sicherheitsrisiken in Deutschland (Bundesnachrichtendienst u. a., 2025): „Der BND sieht die Folgen des Klimawandels wie Destabilisierung und Migration neben einem aggressiv-expansiven Russland, weltpolitischen Ambitionen Chinas, zunehmenden Cyber-Gefahren sowie dem weiterhin virulenten internationalen Terrorismus als eine der fünf großen externen Bedrohungen für [Deutschland].“

sinkenden russischen Öleinnahmen und der daraus resultierenden sicherheitspolitischen Dividende verknüpfen. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass das zugrunde liegende Konzept deutlich breiter gefasst ist.

Die geopolitische Externalität der Klimapolitik reicht über Russland hinaus und umfasst auch andere autoritär regierte Staaten mit starker Abhängigkeit von fossilen Exporten, wie etwa den Iran. Ebenso ist es nicht auf Öl beschränkt: Eine vergleichbare Wirkungskette ergibt sich auch bei Erdgas, wo ein Nachfragerückgang die finanzielle und militärische Leistungsfähigkeit rivalisierender Staaten schwächen kann.

Zudem ist die Relevanz dieses Mechanismus nicht auf den aktuellen Krieg in der Ukraine beschränkt. Solange geopolitische Spannungen zu erhöhten Rüstungsausgaben im Rahmen der Abschreckung führen, bleibt die geopolitische Externalität der Klimapolitik auch in Friedenszeiten ein bedeutsamer langfristiger Nebeneffekt.

2.2 Schätzung der sicherheitspolitischen Dividende für die EU

Im Folgenden präsentieren wir zentrale Annahmen und Erkenntnisse unseres Ansatzes zur Quantifizierung jedes der vier Schritte der Wirkungskette, bevor wir diese zu einem kombinierten Maß der geopolitischen Externalität zusammenführen. Eine detaillierte methodische Diskussion – einschließlich alternativer Modellannahmen – findet sich in Beaufils u. a. (2025).

Für den ersten Schritt der Kausalkette – von der EU-Klimapolitik zur Sicherheitsdividende – quantifizieren wir die Auswirkungen auf Russlands Öleinnahmen. Durch die Verringerung der Ölnachfrage senkt die EU-Klimapolitik den Marktwert der weltweiten Ölproduktion. Ein Teil dieses Wertverlusts entfällt auf Russland. In Beaufils u. a. (2025) kombinieren wir ein walrasianisches Marktmodell für Öl mit Angebots- und Nachfrageelastizitäten (ϵ_S und ϵ_D) aus Gars, Spiro und Wachtmeister (2022), sowie Daten über den Anteil der russischen Nettoexporte (χ_{RUS}) und der EU-Nettoimporte (μ_{EU}) gemessen am globalen Ölangebot. Entsprechend ergibt sich folgende Beziehung zwischen reduzierten EU-Ölausgaben und dem Rückgang russischer Öleinnahmen: $\chi_{RUS}[\epsilon_S - (1 - \mu_{EU})\epsilon_D]^{-1} = 0.07 \times [0.13 + 0.89 \times 0.45]^{-1} = 0.13$ Euro. Unter Berücksichtigung von Unsicherheiten bzgl. der angenommenen Elastizitäten ergibt sich ein Rückgang der russischen Öleinnahmen in einem Bereich zwischen 6 bis 27 Cent pro nicht ausgegebenem Euro für Öl in der EU, mit einem zentralen Wert von 13 Cent. Unsere Schätzung beinhaltet hierbei Handelsumlenkungen, bei denen andere Importeure die reduzierte EU-Nachfrage teilweise kompensieren und zeigt somit den Nettoeffekt auf russische Öleinnahmen. Russland kann diesen Einnahmenverlust nicht vermeiden, da er auf fallenden Weltmarktpreisen beruht.

Da Steuern auf Öl und Gas rund ein Drittel des russischen Staatshaushalts ausmachen (wobei

etwa 80% hiervon auf Öl entfällt), ist davon auszugehen, dass Einnahmeverluste erhebliche fiskalische Auswirkungen haben. Für den zweiten Schritt der Kausalkette nehmen wir – basierend auf Beaufils u. a. (2025) – an, dass die russische Regierung alle zusätzlichen Erlöse unmittelbar abschöpft, da die Förderkosten für russisches Öl weitgehend fix sind (Spiro, Wachtmeister und Gars, 2024). Dies impliziert eine Eins-zu-eins-Beziehung: Jeder Euro an entgangenen Öleinnahmen führt zu einem Euro weniger im russischen Staatshaushalt.

Die Verbindung zwischen russischem Staatshaushalt und Militärausgaben – der dritte Schritt der Kette – ist komplexer. Unser bevorzugter Schätzwert in Beaufils u. a. (2025) geht davon aus, dass die russische Regierung den Krieg mit höchster Priorität verfolgt und daher jeden zusätzlichen Euro im Haushalt für militärische Zwecke verwendet.⁴ Auch hier ergibt sich eine Eins-zu-eins-Beziehung: Jeder Euro weniger im Staatshaushalt reduziert die Militärausgaben um einen Euro. Eine konservativere Annahme wäre eine proportionale Kürzung über alle Haushaltsposten. Da Militärausgaben etwa 30% des russischen Haushalts ausmachen, würde ein Euro weniger Budget in diesem Fall zu 30 Cent weniger Militärausgaben führen. Umgekehrt ergibt sich bei einer dynamischer Betrachtung – bei der eine eingeschränkte fiskalische Kapazität letztlich das Durchhaltevermögen im Krieg reduziert und das Kriegsende beschleunigt – ein deutlich höherer Multiplikator von vier.

Für den letzten Schritt der Kausalkette (siehe Abbildung 1) vergleichen wir in Beaufils u. a. (2025) die Kosten, die der EU durch Russlands Angriff auf die Ukraine entstanden sind, mit den kumulierten russischen Militärausgaben im Krieg gegen die Ukraine – vom Beginn des Krieges bis Ende 2024 – die auf 131 bis 350 Milliarden USD geschätzt werden (mit einem zentralen Schätzwert von 200 Milliarden USD). Laut *Ukraine Support Tracker* des Kiel Institut für Weltwirtschaft (Trebesh u. a., 2024) belief sich die militärische, finanzielle und humanitäre Unterstützung der EU für die Ukraine bis Ende 2024 auf 122,5 Milliarden US-Dollar. Hinzu kommen erwartete Wiederaufbaukosten für die EU in Höhe von 448,2 Milliarden US-Dollar, wobei wir hierbei davon ausgehen, dass die EU ihren Beitrag proportional zum bisherigen Unterstützungsniveau leistet.⁵ Für unseren zentralen Schätzwert vergleichen wir die russischen Kriegsausgaben (200 Milliarden US-Dollar) mit der EU-Gesamtbelastung von 571 Milliarden US-Dollar. Daraus ergibt sich ein Multiplikator von knapp 2,9: Jeder Euro weniger an russischen Militärausgaben spart der EU 2,9 Euro an kriegsbezogenen Kosten. Die Bandbreite dieses Multiplikators reicht von 0,4 bis 4,4. Die Untergrenze ergibt sich aus den höchsten Schätzungen der russischen Ausgaben im Vergleich zu bereits geleisteter EU-Unterstützung. Die Obergrenze basiert auf den niedrigsten Schätzungen russischer Ausgaben gegenüber der gesamten EU-Unterstützung inklusive Wiederaufbau. Wir betrachten selbst diese Obergrenze als konservativ,

⁴Diese Annahme erscheint besonders plausibel, da Öleinnahmen in harter Währung erzielt werden – im Gegensatz zu Steuern aus anderen Quellen – die für den Import von militärisch relevanten Hightech-Gütern benötigt wird.

⁵Siehe World Bank (2025) für eine Schätzung der Gesamtkosten des Wiederaufbaus.

da sie weitere indirekte Kosten – wie negative Auswirkungen des Krieges auf die Wirtschaftsleistung der EU oder gestiegene europäische Verteidigungsausgaben zur Abschreckung gegen direkte russische Aggression – nicht berücksichtigt.

Tabelle 1 fasst unsere Schätzungen für die vier Komponenten der geopolitischen Externalität zusammen. Sie zeigt jeweils die untere und obere Grenze sowie den zentralen Schätzwert (fett hervorgehoben). Darüber hinaus wird das Produkt dieser vier Teilkomponenten dargestellt – wiederum mit einem zentralen, einem unteren und einem oberen Schätzwert – das die geopolitische Externalität der EU-Klimapolitik abbildet. Demnach generiert jeder Euro, der in der EU *nicht* für Öl ausgegeben wird, eine indirekte Sicherheitsdividende zwischen 1 Cent und 4,70 Euro. Der zentrale Schätzwert beträgt 37 Cent.

Tabelle 1: Schätzungen der geopolitischen Externalität des EU-Ölverbrauchs

Kausaler Schritt	Ad-valorem Schätzung		
	Untergrenze	Zentral	Obergrenze
(1) Rückgang russischer Öleinnahmen	0.06	0.13	0.27
(2) Rückgang russischer Staatseinnahmen	1	1	1
(3) Rückgang russischer Militärausgaben	0.3	1	4
(4) Sicherheitspolitische Dividende für die EU	0.4	2.9	4.4
Gesamt	0.01	0.37	4.70

Anmerkungen: Ad-valorem Schätzungen geben die Kosten pro eingesetzter Geldeinheit für Öl an.

Quelle: Beaufils u. a., 2025.

Unser zentraler Schätzwert entspricht einem optimalen wertbezogenen Steuersatz auf Öl in Höhe von 36%, um die Sicherheitsdividende der EU-Klimapolitik vollständig zu internalisieren. Bei einem aktuellen Rohölpreis von 68 Euro pro Barrel⁶ entspricht dies einer effektiven Steuer von etwa 25 Euro pro Barrel.

Anders ausgedrückt: Hochgerechnet auf den gesamten EU-Ölverbrauch im Jahr 2023 belaufen sich die geopolitischen Kosten auf etwa 104 Milliarden Euro. Dieser Betrag ist vergleichbar mit dem 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen, das Deutschland 2022 zur Stärkung seiner Verteidigungsfähigkeit eingerichtet hat – mit dem Unterschied, dass es sich bei den geopolitischen Kosten um eine jährlich wiederkehrende Belastung handelt.

Ausgedrückt als CO₂-Preis entspricht das Ergebnis einem impliziten Preis auf Öl von rund 60 Euro pro Tonne CO₂.⁷ Diese Schätzung bezieht sich ausschließlich auf die Sicherheitsdividende der Klima-

⁶Am 26. März 2025 lag der Brent-Rohölpreis bei 73,34 US-Dollar pro Barrel, bei einem Wechselkurs von 1,080 US-Dollar/EUR, siehe <https://markets.ft.com/data/commodities/tearsheet/summary?c=Brent+Crude+Oil>.

⁷Berechnet auf Basis eines Emissionsfaktors von 0,4187 tCO₂ pro Barrel: 158 l × 2,65 kgCO₂/l / 1000. Daraus ergibt sich, dass jede eingesparte Ausgabe von 1 Euro für Öl in der EU zu einer Emissionsminderung von 6,6 kg CO₂

politik – sie kommt also zu den klimapolitischen Vorteilen und weiteren sogenannten “Co-Benefits” wie besserer Luftqualität und verbesserten Terms-of-Trade der EU noch hinzu.

2.3 Implikationen für die Klimapolitik

Angesichts wachsender geopolitischer Spannungen und der damit einhergehenden Zunahme sicherheitspolitischer Risiken wird zunehmend infrage gestellt, ob sich die EU derzeit noch eine ambitionierte Klimapolitik leisten kann (siehe z. B. Adema u. a., 2025). Unsere Analyse zeigt, dass diese Debatte auf einer verkürzten Betrachtung beruht – denn ambitionierte Klimapolitik trägt substantziell zur europäischen Sicherheit bei.

Gegeben der von uns geschätzten sicherheitspolitischen Dividende liegt der implizite CO₂-Preis auf Ölverbrauch bei etwa 60 Euro/tCO₂ (zentrale Schätzung) – und ist damit vergleichbar mit derzeit geltenden CO₂-Preisen: dem EU-ETS-Zertifikatspreis von rund 70 Euro/tCO₂ sowie dem für 2025 festgelegten Preis im deutschen nationalen Emissionshandelssystem von 55 Euro/tCO₂ (mit einer Preisspanne von 55–65 Euro/tCO₂ im Jahr 2026).⁸ Die geplante Ausweitung des EU-Emissionshandels auf den Ölverbrauch im Gebäude- und Verkehrssektor im Rahmen des EU ETS 2 ist somit aus mehrfacher Perspektive sinnvoll. Zudem wäre unter Berücksichtigung der sicherheitspolitischen Dividende im EU ETS 2 – das in erster Linie Emissionen aus Öl und Erdgas abdeckt – ein höherer Preis als im bestehenden europäischen Emissionshandelssystem, das auch Emissionen aus Kohle einschließt, ökonomisch gerechtfertigt.

Die Berücksichtigung der Sicherheitsdividende verändert auch die Bewertung anderer klimapolitischer Maßnahmen. So wird der Vorschlag der Europäischen Kommission, Automobilherstellern mehr Zeit zur Einhaltung strengerer CO₂-Flottengrenzwerte zu gewähren, auf bis zu 50 Millionen Tonnen zusätzlicher CO₂-Emissionen geschätzt.⁹ Auf Grundlage unseres zentralen Schätzwerts von 60 Euro pro Tonne CO₂ entspräche dies geopolitischen Kosten für die EU von bis zu 3 Milliarden Euro.

Ein weiteres Beispiel ist die mögliche Einführung eines Tempolimits in Deutschland. Ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf Bundesstraßen wird laut Prognosen bis 2030 rund 33 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen einsparen.¹⁰ Auf Basis unserer zentralen Schätzung der

führt.

⁸Preise für EU-ETS-Zertifikate (Stand: 26. März 2025) und den deutschen nationalen Emissionshandel entnommen von <https://tradingeconomics.com/commodity/carbon> bzw. https://www.dehst.de/EN/Topics/nEHS/nehs_node.html.

⁹Siehe <https://www.presseportal.de/pm/22521/5984486>.

¹⁰Laut einer aktuellen Studie des Umweltbundesamts (https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/11850/publikationen/176_2024_texte_tempolimit.pdf) ergibt sich eine jährliche Reduktion der Treibhausgasemissionen um -4,7%. Im Zeitraum 2025–2030 summieren sich die Einsparungen auf rund 33 Millionen tCO₂ (siehe Tabelle 8), unter Berücksichtigung steigender E-Mobilität und sinkender Emissionen im Straßenverkehr. Siehe hierzu auch <https://www.umweltbundesamt.de/themen/verkehr/nachhaltige-mobilitaet/tempolimit>.

geopolitischen Externalität ergibt sich daraus bis 2030 eine sicherheitspolitische Dividende in Höhe von rund 1,98 Milliarden Euro.

Schließlich legt unsere Analyse nahe, dass auch Erdgasimporte in die EU mit einem zusätzlichen Zoll oder gleichwertigen, nachfragesenkenden Maßnahmen belegt werden sollten – da hier die gleiche geopolitische Externalität greift. Diese Überlegung ist insbesondere bei der Aushandlung neuer langfristiger Lieferverträge oder bei der Bewertung einer möglichen Inbetriebnahme von Infrastruktur wie der verbliebenen Nord-Stream-2-Pipeline von Relevanz.

3 Schlussfolgerung

Im Spannungsfeld zwischen russischer Aggression und zunehmender Unsicherheit über die Sicherheitsgarantien der USA steht Europa vor der Notwendigkeit, seine Sicherheitsarchitektur grundlegend zu überdenken. Dieser *Kiel Policy Brief* zeigt, dass Klimapolitik dabei eine zentrale Rolle spielt – nicht als konkurrierende Priorität, sondern als strategische Ergänzung zur klassischen Sicherheitspolitik.

Durch die Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern schwächt die EU-Klimapolitik Russlands finanzielle Leistungsfähigkeit und damit auch seine militärische Stärke. So entsteht neben dem klimapolitischen Nutzen auch eine sicherheitspolitische Dividende. Unsere Schätzungen deuten darauf hin, dass dieser Effekt erheblich ist: Eine Reduktion des Ölverbrauchs in der EU um einen Euro erzeugt eine sicherheitspolitische Dividende von 37 Cent (zentrale Schätzung). Daraus ergibt sich, dass ein Preis von 60 Euro pro Tonne CO₂ auf den Ölverbrauch bereits aus rein geopolitischen Gründen gerechtfertigt ist – zusätzlich zu klimapolitischen Zielsetzungen.

Unsere Ergebnisse sind konservativ, da sie ausschließlich die geopolitische Externalität im Zusammenhang mit russischen Öleinnahmen berücksichtigen. Die geopolitischen Auswirkungen der EU-Klimapolitik reichen jedoch über Russland hinaus. Sie betreffen auch andere autoritär regierte, rivalisierende Staaten mit starker Abhängigkeit von fossilen Einnahmen – etwa den Iran – sowie weitere fossile Energieträger, insbesondere Erdgas. Zudem trägt ambitionierte Klimapolitik auch indirekt zur Vermeidung von Konflikten durch die Begrenzung klimabedingter Schäden bei.

Vor diesem Hintergrund sollte eine ambitionierte EU-Klimapolitik als zentrale Säule einer europäischen Sicherheitsarchitektur verstanden werden – im Zusammenspiel mit erhöhten Verteidigungsausgaben, diplomatischen Initiativen und der fortgesetzten Unterstützung der Ukraine.

Literatur

- Adema, Joop u. a. (2025). „Geopolitische Risiken für Deutschland und Europa – was bedeuten sie für die Wirtschaft?“ In: *ifo Schnelldienst* 02/2025.
- Beaufils, Timothé u. a. (2025). „The Geopolitical Externality of Climate Policy“. In: *Working Paper*.
- Bundesnachrichtendienst u. a. (2025). *Nationale Interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung*. Prepared for the Federal Government of Germany. Federal Government of Germany.
- Burilkov, Alexandr und Guntram Wolff (Feb. 2025). „Europa ohne die USA verteidigen: eine erste Analyse, was gebraucht wird“. In: *Kiel Policy Brief* 183. (Besucht am 21. 02. 2025).
- Gars, Johan, Daniel Spiro und Henrik Wachtmeister (Sep. 2022). „The effect of European fuel-tax cuts on the oil income of Russia“. en. In: *Nature Energy* 7.10, S. 989–997. ISSN: 2058-7546. DOI: 10.1038/s41560-022-01122-6. URL: <https://www.nature.com/articles/s41560-022-01122-6> (besucht am 02. 07. 2024).
- Scheckenhofer, Lisa, Feodora Teti und Joschka Wanner (im Erscheinen). „Dodging Trade Sanctions? Evidence from Military Goods“. In: *AEA Papers and Proceedings*.
- Spiro, Daniel, Henrik Wachtmeister und Johan Gars (Juni 2024). *Assessing the impact of oil sanctions on Russia*. en. SSRN Scholarly Paper. Rochester, NY. DOI: 10.2139/ssrn.4860148. URL: <https://papers.ssrn.com/abstract=4860148> (besucht am 04. 02. 2025).
- Trebesch, Christoph u. a. (2024). *The Ukraine Support Tracker: Which countries help Ukraine and how?* Techn. Ber. 2218. Kiel Working Paper, S. 1–75. URL: <https://www.ifw-kiel.de/publications/ukraine-support-tracker-data-20758/>.
- World Bank (Feb. 2025). *Fourth Rapid Damage and Needs Assessment. February 2022 - December 2024*. Techn. Ber. Washington DC: World Bank.

IMPRESSUM

Institution und Anschrift:

Kiel Institut für Weltwirtschaft
Kiellinie 66, 24105 Kiel
Telefon: 0431 / 8814 – 1
Telefax: 0431 / 8814 – 500
E-Mail: info@ifw-kiel.de

Standort Berlin:

Kiel Institut für Weltwirtschaft
Chausseestraße 111, 10115 Berlin
Telefon: +30 30830637-5
Email: berlin@ifw-kiel.de

Das Kiel Institut für Weltwirtschaft —
Leibniz Zentrum zur Erforschung globaler öko-
nomischer Herausforderungen ist eine rechtlich
selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts
des Landes Schleswig-Holstein.

Gesetzliche Vertretung:

Prof. Dr. Moritz Schularick, Präsident, Wissen-
schaftlicher Direktor
Birgit Austen, Geschäftsführende Administrative
Direktorin
Prof. Dr. Christoph Trebesch, Vizepräsident

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer:

DE 251899169

Foto:

Titelbild: © Kiel Institute for the World Econo-
my

Zuständige Aufsichtsbehörde:

Ministerium für Allgemeine und Berufliche Bil-
dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur des
Landes Schleswig-Holstein
Jensendamm 5, 24103 Kiel



© 2025 Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Alle Rechte vorbehalten.